



Nicht Grenzen machen eine Nation, sondern die Art, wie die Bewohner organisiert sind

Referat von Corrado Pardini, Nationalrat SP BE, Geschäftsleitung Unia

Es gilt das gesprochene Wort.

Ist Angst ein guter Ratgeber für unsere Zukunft? Wir alle wissen: Angst macht dumm und ohnmächtig. Angst lähmt, Angst versperrt die Sicht auf unsere Chancen und Möglichkeiten.

Doch Angst ist der politische Treibstoff der SVP. Also müssen wir um Februar wieder über eine Angstmacher-Initiative abstimmen. Schon nur dieser Titel: «Masseneinwanderung». Wo denn? Neun von zehn AusländerInnen in der Schweiz sind EuropäerInnen. Ein Drittel von ihnen sind nur auf dem Papier Ausländer. Sie sind in der Schweiz geboren oder schon so lange da, dass sie den Pass bekämen. Sie zahlen mehr in die Sozialwerke ein, als sie herausnehmen. Und die Wirtschaft braucht ihre Arbeitskraft.

Das sind simple Fakten. Dennoch will jetzt die SVP, die Partei der Ewiggestrigen, mit einem alten Hut die Zuwanderung behindern. Mit einem Rezept, das 70 Jahre lang angewendet wurde und das 70 Jahre lang krachend gescheitert ist: mit Kontingenten.

Das Saisonier-Statut war ein solches Kontingent. Es wurde 1931 eingerichtet. Es führte zu Missbräuchen, Elend, sozialer Unsicherheit und behinderte die berufliche Mobilität. Das war die Baracken-Schweiz. Ein Schandfleck in unserer Geschichte.

Und eine andere Erfahrung müssen wir auch nicht ein zweites Mal machen: Kontingente führen immer zu schlechteren Löhnen und Arbeitsbedingungen und schwächeren Sozialversicherungen für alle – nicht nur für die «ausländischen» Arbeitenden. Für mich als Gewerkschafter und Nationalrat, dessen Eltern aus Italien in die Schweiz kamen, um zu arbeiten, haben die Arbeitenden nur eine Nation.

Der Witz dabei ist: Es gibt in der Geschichte kein Beispiel einer erfolgreichen Kontingentierung. Nirgendwo. Sie schwächt immer die Wirtschaft. Und sie schwächt immer die Arbeitenden, gerade die «Einheimischen». Übrigens mussten auch die Gewerkschaften das erst einmal lernen.

Nun will ausgerechnet die SVP die Kontingentierungsbürokratie wieder aufblasen. Das ist ziemlich typisch für die radikale Rechte. Immer wenn die Wirtschaft des Aktienkapitals in der Krise ist, und immer, wenn soziale Probleme auftauchen, spielt die autoritäre Rechte diese Rolle: Sie macht den Ausländer zum Sündenbock. Sie grenzt aus. Sie spielt Arbeitnehmer gegen Arbeitnehmer aus. Diesmal hetzen sie gegen Deutsche, Albaner und Portugiesen.

Hier aber muss ich als Gewerkschafter den entscheidenden Punkt benennen: Die SVP hat dabei eine mächtige Komplizin: Die Wirtschaft. Genauer. Teile davon. Manche Unternehmen nutzen die Personenfreizügigkeit, um Löhne zu dumpfen – ich erinnere an die Polen am HB Zürich – und um in der Schweiz Tieflohnezonen einzurichten. Zum Beispiel im Tessin. Es ist ja

nicht so, dass die Italiener massenhaft in den Tessin kommen und dort «einheimische» Arbeitskräfte verdrängen. Real geschieht etwas anderes: Konzerne richten im Tessin Filialen ein, um schlecht bezahlte italienische Arbeitskräfte anzuziehen.

Darum ist der Satz unklug, die Flankierenden Massnahmen sollten die Folgen der Personenfreizügigkeit bekämpfen. Die FLAM richten sich nicht gegen die zugewanderten ArbeitskollegInnen. Die Flankierenden sollen verhindern, dass Arbeitgeber die Personenfreizügigkeit für Lohn- und Sozialdumping missbrauchen. Nuance.

Hier liegt wohl auch der Grund, warum Economieuisse und etliche Branchenverbände die Verstärkung der Flankierenden ablehnen. Sie wollen tatsächlich weiter Dumpinglöhne zahlen. Damit riskieren sie viel.

Seltsam. Das Thema Personenfreizügigkeit wäre sehr leicht zu lösen. Es bräuchte bloss einen gesetzlichen Mindestlohn. Darum haben wir die Mindestlohninitiative eingereicht, über die wir bald abstimmen werden. Und bis dahin brauchen wir sehr viel bessere Kontrollen und effektive Sanktionen gegen die Lohndumper. Die Solidarhaftung muss tatsächlich durchgesetzt werden. Die Schweiz braucht weiter ein sauberes öffentliches Submissionswesen. Scheinselbstständigkeit muss bekämpft werden. Wir brauchen mehr allgemeingültig erklärte Gesamtarbeitsverträge. Und Normalarbeitsverträge für Branchen, die keine GAV wollen.

Aber es sind einfach zu viele Menschen hier, sagen dann andere. Zu viele? Paris hat mehr Einwohner als die ganze Schweiz. Was wir brauchen sind genossenschaftlichen und gemeinnützigen Wohnungsbau. Den Ausbau der Infrastrukturen und mehr Berufs- und Weiterbildung. Das wäre gut für alle.

Denn eines sollten wir bedenken: Nicht Grenzen machen eine Nation, sondern die Art, wie die Bewohner organisiert sind. Der soziale Zusammenhalt, nicht die Fahnschwinge. Also Regeln für das Zusammenleben – und für Konflikte. Die sind schweizerisch. Lohndumping ist bloss kapitalistisch.